

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wir wenden uns vor der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 18.03. an Sie, weil wir Sie bitten möchten, sich neben dem bereits vorliegenden Antrag zu den bayerischen Studierendenwohnheimen auch gesondert mit der besonderen Lage der Studentenstadt München zu befassen.

Der bereits eingebrachte Antrag zum „katastrophalen Zustand in bayerischen Studierendenwohnheimen“ benennt wichtige Missstände, vor allem im Bereich baulicher Schäden, Sanierungsstau und Wohnraumversorgung. Diese Punkte sind auch für die Studentenstadt zentral. Aus Sicht der Bewohnerschaft greift ein rein baulicher Zugang jedoch zu kurz. Das Kernproblem in der Studentenstadt ist nicht nur, dass Schäden bestehen, sondern dass bauliche Mängel, unzureichende Instandhaltung, mangelhafte Kommunikation und der Abbau von Engagement und gemeinschaftlicher Strukturen zusammenwirken. Deshalb braucht es aus unserer Sicht eine ausdrücklich auf die Studentenstadt bezogene politische Auseinandersetzung.

Am 4. Februar haben wir dem Studierendenwerk eine umfangreiche Dokumentation der Mängel übergeben und eine zweiwöchige Frist gesetzt, die gravierendsten Schäden zu beheben. Nach Ablauf dieser Frist mussten wir feststellen: Es wurde gearbeitet, aber nicht in einer Weise, die die Kernprobleme nachhaltig gelöst hätte. Genau deshalb haben wir anschließend eine Positionierung zum Aktionsplan verfasst. Der zentrale Befund lautet: Es gibt sichtbare Einzelmaßnahmen, aber keine verlässliche und substanzielle Problemlösung.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass diese Einschätzung nicht auf Einzelwahrnehmungen beruht. Mehr als 130 Bewohnerinnen und Bewohner unterstützen unseren offenen Brief. Darüber hinaus haben wir nach mehreren Wochen, in denen das Studierendenwerk Zeit hatte, auf die Situation und den eigenen Aktionsplan zu reagieren, eine Umfrage mit 100 Antworten durchgeführt. Diese Umfrage sollte ausdrücklich prüfen, wie die Lage nach der angekündigten Verbesserung aus Sicht der Bewohnerschaft tatsächlich aussieht. Sie zeigt klar: Die Probleme bestehen weiter – und sie betreffen nicht nur Bausubstanz, sondern ebenso Reinigung, Kommunikation, Transparenz, Vertrauen, Sicherheit, Gemeinschaft und Mitbestimmung.

Die baulichen Befunde sind eindeutig. 67 Prozent nennen Küchenmängel, 58 Prozent Schimmel- oder Feuchtigkeitsprobleme und 56 Prozent Sanitärprobleme. In rund 70 Prozent der Fälle bestehen die Probleme bereits länger als sechs Monate. Auch nach dem Aktionsplan ist die Bewertung nicht überzeugend: In der Altstadt sagen nur 24,1 Prozent, dass sich die Lage spürbar verbessert habe; fast die Hälfte sagt nur „teilweise“, mehr als ein Viertel sagt „nein“. Von einer nachhaltigen Behebung der Missstände kann daher keine Rede sein.

Zugleich zeigt die Umfrage sehr deutlich, dass die Studentenstadt mehr ist als ein gewöhnlicher Gebäudebestand. Viele Häuser funktionieren im Alltag wie Wohngemeinschaften mit gemeinsam genutzten Küchen, Fluren und Gemeinschaftsflächen. Solche Wohnformen sind darauf angewiesen, dass es vor Ort Verantwortung, soziale Bindung und funktionierende Ansprechpartner gibt. Genau diese Strukturen wurden jedoch vom Studierendenwerk

untergraben.

Vor zwei Jahren haben Bewohnerinnen und Bewohner der Studentenstadt sowie anderer Wohnheime bereits vor einem Abbau demokratischer Strukturen und studentischer Selbstverwaltung gewarnt. Diese Warnungen wurden damals weitgehend hingegenommen. Heute zeigt sich jedoch, dass viele dieser Befürchtungen Realität geworden sind. Die aktuelle Situation ist deshalb nicht mehr hinnehmbar.

Demokratisch legitimierte Haussprecher und Tutoren wurden durch ein undemokratisches sowie kleineres Tutorenprogramm ersetzt. Dieses Modell überzeugt die Bewohnerschaft auch nach zwei Jahren seiner Etablierung nicht: Nur 16 Prozent fühlen sich durch das Tutorenprogramm ausreichend vertreten, Zudem würden 89 Prozent es bevorzugen, wenn Tutoren von den Bewohnern statt vom Studierendenwerk ausgewählt würden.

Warum das politisch wichtig ist, zeigt die Umfrage ebenso klar: Gemeinschaft ist kein weicher Zusatz, sondern eine reale Voraussetzung für bessere Lebensbedingungen. In den offenen Antworten wird immer wieder beschrieben, dass eine gute Gemeinschaft zu mehr Sauberkeit, mehr Verantwortungsgefühl, mehr Sicherheit, besserer Kommunikation und schnellerer Problemlösung führt. Entsprechend hoch ist auch die Zustimmung zu dieser Aussage. Gleichzeitig zeigt gerade die Neustadt bzw. das Blaue Haus, wie sehr standardisierte und sozial entleerte Räume Gemeinschaft schwächen können. Dort ist die Gemeinschaft besonders schwach ausgeprägt (Durchschnittsbewertung: 0,23 von 4). Das bestätigt unsere Sorge, dass bauliche Standardisierung ohne soziale und demokratische Einbindung zentrale Probleme verschärft.

Hinzu kommen massive Defizite bei Kommunikation und Verwaltungsresponsivität. Die Zugänglichkeit und Reaktionsfähigkeit der Verwaltung wird sehr kritisch bewertet, und nur 5 Prozent haben das Gefühl, dass die Anliegen der Bewohner wirklich ernst genommen werden. Diese Zahlen zeigen: Die Krise ist nicht nur eine Krise der Gebäude, sondern auch eine Krise der institutionellen Kommunikation und der fehlenden Rückkopplung mit der Bewohnerschaft.

Zugleich ist uns wichtig zu betonen, dass wir uns von Anfang an um eine konstruktive Lösung bemüht haben. In den vergangenen Wochen haben wir uns direkt mit der Verwaltung vor Ort zusammengesetzt, um pragmatische Lösungen zu finden und zu einer Beruhigung der Situation beizutragen. Die Bewohnerschaft hat sogar einzelne Maßnahmen aus dem Aktionsplan praktisch unterstützt, etwa durch hausübergreifende Aufräumaktionen und Hilfe bei organisatorischen Schritten. In diesem Zusammenhang möchten wir auch klar festhalten: Die Graffitis und Formen der Sachbeschädigung, die wir vor Ort gesehen haben, sind ausdrücklich nicht unser Ziel und nicht unser Weg. Wir verurteilen beides klar, weil es weder die zugrunde liegenden Probleme löst noch zu einer tragfähigen Verbesserung der Situation beiträgt. Unser Anliegen ist nicht Eskalation, sondern eine verlässliche und dauerhafte Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in der Studentenstadt.

Deshalb bitten wir Sie auch um Ihre Unterstützung bei den anstehenden Gesprächen mit dem Studierendenwerk. Unser Ziel ist es, die bereits erarbeiteten Forderungen der Bewohnerschaft in konstruktive und verbindliche Verhandlungen einzubringen. Dabei geht es uns jedoch nicht

nur darum, kurzfristig das Mindestmaß an Verbesserungen zu erreichen, um wieder akzeptable Zustände herzustellen.

Die Studentenstadt war ursprünglich als weit mehr gedacht als ein gewöhnlicher Wohnkomplex. Egon Wiberg beschrieb sie als eine Anlage, die „zu einem Anziehungspunkt der Stadt werden und auf ihre Weise zur Zierde Münchens beitragen“ könne – eine „Cité Universitaire, zum Wohle der studentischen Jugend, zur Zierde Münchens und zum Ruhme des bayerischen Staates“. Diese Vision verstehen wir auch heute noch als Maßstab.

Wir möchten die Studentenstadt deshalb nicht nur instand setzen, sondern ihr Potenzial wieder entfalten. Einrichtungen und Initiativen wie der Brotladen, das Kulturzentrum Kade, Egons Underground, der Kultur-Kiosk Sigggi, StuStaNet, Kulturleben mit dem StuStaCulum oder das Restaurant Tribühne zeigen bereits heute, welche kulturelle und soziale Bedeutung dieser Ort haben kann. Unser Ziel ist es, solche Projekte zu stärken und neue Möglichkeiten für studentisches Engagement, Gemeinschaft und Kultur zu schaffen, sodass die Studentenstadt wieder zu einem sichtbaren Vorzeigeprojekt studentischen Lebens in München werden kann.

Wir warnen heute erneut: Wenn die Studentenstadt weiter nur verwaltet statt grundlegend neu ausgerichtet wird, drohen nicht nur weitere bauliche Verschlechterungen, sondern auch der endgültige Verlust einer alten Tradition, Engagement, Gemeinschaft und studentischer Kultur. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass diese Perspektive in der kommenden Ausschusssitzung aufgegriffen wird und ein Antrag unterstützt wird, der nicht nur Probleme beschreibt, sondern echte Veränderung ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen,

Phillipp Hörterer

Simon Schaub

Yassine Elshayeb

Vertretung der Bewohnerschaft der Studentenstadt, 67